

Antrag

der Abgeordneten Kai Gehring, Annalena Baerbock, Özcan Mutlu, Beate Walter-Rosenheimer, Katja Dörner, Dr. Franziska Brantner, Ulle Schauws, Doris Wagner, Maria Klein-Schmeink, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Matthias Gastel, Harald Ebner, Bärbel Höhn, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für ein Rahmenprogramm für Klima- und Klimafolgenforschung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Klimaforschung ist die zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige und zukunftsorientierte Klimapolitik. Ohne die Ergebnisse der Klima- und Klimafolgenforschung kann es keinen effektiven und wirksamen Klimaschutz geben. Denn Forschung bedeutet, aus der Zukunft zu lernen (siehe WBGU: Hauptgutachten 2011, Sondergutachten 2014).

Es waren wissenschaftliche Prognosen, die erstmals auf die Gefahren einer fortschreitenden, menschengemachten Klimakrise hingewiesen haben. Wissenschaftliche Erkenntnisse führten zur Einsicht, dass ein politisches und ökonomisches Umsteuern notwendig ist, um der globalen Klimakrise zu begegnen. Bei der UN-Klimakonferenz in Paris war der Sachstandsbericht des Weltklimarats IPCC wieder zentrale Wissens-, Daten- und Faktenbasis für die Verhandlungen der Regierungschefs.

Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler deutscher Hochschulen, außeruniversitärer Forschungseinrichtungen und Klimaforschungsinstitute beteiligen sich seit langem an den Sachstandsberichten des Weltklimarats IPCC. Seit Jahrzehnten wird hierzulande Klimaforschung auf internationalem Spitzenniveau betrieben. Eine führende Rolle beim Klimaschutz hat unser Land dennoch längst eingebüßt. Zwar beansprucht die Bundesregierung international für sich, politisch und wirtschaftlich eine Vorreiterrolle im Klimaschutz einzunehmen. Gemessen am seit Jahren hohen Ausstoß des Klimakillers CO₂ durch die klimaschädliche Kohleverstromung ist das aber mehr als vermessen. Auch die auf dem G7-Gipfel in Elmau unter der deutschen Präsidentschaft vereinbarte Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bis Ende des 21. Jahrhunderts ist unkonkret und eine Maßnahmenagenda noch überhaupt nicht vorhanden.

Damit Deutschland in der Klimapolitik wieder eine führende Rolle einnimmt, muss es neben einer aktiven und wirkungsvollen Politik zur Minderung seiner Treibhausgasemissionen auch die Klimaforschung als zentralen Bestandteil seiner Klimapolitik und einer auf Nachhaltigkeit setzenden Forschungsstrategie ausbauen. Derzeit droht – allein, wenn man die finanzielle Ausstattung vergleicht – die Klimaforschung hinter der Energieforschung ins Hintertreffen zu geraten, zumal unter Letzterer auch

zweifelhafte Projekte gefördert werden. Beide Forschungsbereiche sind aber gleichermaßen notwendig, haben ihre jeweils eigenen Begründungen und sollten forschungsstrategisch nicht vermischt oder in Konkurrenz gesetzt werden. Das „Aktionsprogramm Klimaschutz 2020“, von der Bundesregierung 2014 ins Leben gerufen, reicht nicht aus, um die zentrale Rolle von Forschung und Entwicklung für die Klimapolitik zu adressieren und mittels der Ergebnisse den nötigen Impact zu erzielen. Gleiches gilt für das Forschungsrahmenprogramm „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA) des Bundesforschungsministeriums, das mit seinem integrativen Ansatz, Klimaforschung und Praxis miteinander zu verbinden, wichtige Impulse gibt.

Wir brauchen deshalb ein eigenständiges Forschungsrahmenprogramm und damit einen strategischen Ansatz, der in Zukunft transparent und sichtbar macht, welchen Stellenwert die Bundesregierung der Klimaforschung einräumt. Dieses Forschungsrahmenprogramm soll ressortübergreifend alle Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Klima- und Klimafolgenforschung bündeln und offene Forschungsbedarfe identifizieren, um Wissenslücken schließen, Gegen- und Anpassungsstrategien entwickeln und Folgen beherrschbar halten zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

ein Rahmenprogramm zur Klima- und Klimafolgenforschung zu beschließen, das ressortübergreifend alle Förderaktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Klima- und Klimafolgenforschung miteinander verknüpft, bündelt, weiterentwickelt und stärkt. Mit diesem Rahmenprogramm sollen

- a. durchgängig interdisziplinäre Ansätze in der Klimaforschung im Begutachtungsprozess gestärkt werden;
- b. transdisziplinäre Forschungsansätze umfassend verankert werden. Hier soll die Forschungsagenda im Codesign zwischen Verwaltung, Naturwissenschaftlern, Gesellschaftswissenschaftlern und zivilgesellschaftlichen Akteuren erarbeitet werden;
- c. disziplinäre Ansätze in den Gesellschafts- und Sozialwissenschaften, einschließlich der Grundlagenforschung, sowie im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung gestärkt bzw. aufgebaut und systematisch mit der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Forschung vernetzt werden;
- d. Klimarisiken besser erforscht und bewertet sowie daraus Klima-Risiko-Managementsysteme entwickelt werden;
- e. Maßnahmen, die die internationale Zusammenarbeit in der Klimaforschung fördern, weiter ausgebaut werden;
- f. Schwerpunkte auf die Klimaforschung im Bereich der Klimamodellierung, regionaler Aspekte der simulierten Klimaänderungen sowie die Klimafolgenforschung, insbesondere bezüglich regionaler Unterschiede und Interaktionen mit anderen gesellschaftlichen oder wirtschaftlichen Wandlungsprozessen, gesetzt werden. Insbesondere biologische, chemische, geologische, ozeanographische, meteorologische, geophysikalische und glaziologische Langzeitmessungen und Untersuchungen sowie damit einhergehende elementare Forschungsbereiche wie u. a. die Polar-, Meeres- und Küstenforschung werden verstetigt und intensiviert,

- g. Forschungsansätze zu Wissenstransfer und Kommunikation in besonderer Weise berücksichtigt werden, also Ansätze sowohl zur Vermittlung wissenschaftlicher Erkenntnisse der Klimaforschung in Politik und Gesellschaft als auch zur Erkenntnisgewinnung aus der Gesellschaft für die Klimaforschung. Dazu sollten auch der Wissenstransfer in den Bereich der Bildungsmaßnahmen (z. B. digitale Formate) sowie Dialogformen regelhaft etabliert werden, um in die Breite wirken zu können;
- h. Forschungsprojekte dahingehend unterstützt werden und Maßnahmen auf internationaler Ebene ergriffen werden, dass Klimaforscherinnen und -forscher besseren Zugang zur Feldforschung, z. B. in den Gletschern des Himalaya, und zu Messdaten haben.

Berlin, den 15. Dezember 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die Beachtung der Erkenntnisse der Klimaforschung hat eine präventive, risikominimierende, klimaschützende und folgenabschätzende Wirkung. Denn die Klimakrise beeinflusst auch in besonderer Weise die Verknappung überlebenswichtiger Ressourcen wie Wasser, sie beeinträchtigt die natürlichen Lebensgrundlagen und die biologische Vielfalt durch Wüstenbildung bis zur Häufung von Wetterextremen.

Die Klimaforschung hat zentrale Einsichten generiert. Prominentestes Beispiel ist der wissenschaftliche Konsens, dass der Mensch Hauptverursacher der Klimakrise ist. Ganz praktisch haben Klimamodelle geholfen, die El-Niño-Phase mit seinen insbesondere im Pazifikraum mitverursachten Wetterextremen zu prognostizieren (FAZ, 16.07.2015). Fortschritte bei der Klimamodellierung haben die Genauigkeit von Temperaturprognosen erheblich gesteigert (the guardian, 31.07.2015). Die Polarforschung hat sich als zentral bei der Dokumentation der Gletscherschmelze und Prognosen zur Klimafolgenabschätzung erwiesen.

Darüber hinaus kann die Klimaforschung auch dabei helfen, Konflikte zu vermeiden. Insbesondere, wenn die durch die Klimakrise bedingten regionalen Verteilungskonflikte in den Blick genommen werden. Der internationale wissenschaftliche und klimadiplomatische Austausch kann neben seinem unmittelbaren Erkenntnisnutzen auch zum wechselseitigen Verstehen der Gesellschaften beitragen und so die Kooperationsbereitschaft auch bei anderen politischen Fragestellungen verbessern.

In der derzeitigen Politik der Bundesregierung werden bestehende Defizite nicht angegangen. Zentrale Erkenntnisse der Klimaforschung entfalten keine Wirkung. Deutsche, europäische und internationale Klimapolitik muss die Klima- und Klimafolgenforschung jedoch stärker als bisher als zentralen Bestandteil und Wegbereiter für den Klimaschutz begreifen.

Zur Würdigung und verstärkten Überführung von Ergebnissen der Klimaforschung in Klimaschutz und Klimapolitik bedarf es eines eigenen Rahmenprogramms für Klimaforschung. Ein solcher strategischer Ansatz würde dazu beitragen, dass Forschungsergebnisse handlungsleitender und regionale Vorhersagen besser ermöglicht werden können.

Zwar sind die naturwissenschaftlichen Zusammenhänge des Erdsystems in ihren Prinzipien verstanden, jedoch sind Klimamodelle, die auf Projektionen des Klimasystems basieren, trotz erheblicher Präzisierungen in den letzten Jahren immer noch mit Wissenslücken und zu großen Unsicherheiten behaftet. Darauf hat auch das Deutsche Klima-Konsortium (DKK) unlängst hingewiesen. Solche Unsicherheiten bei der Klimamodellierung gilt es weiter zu reduzieren. Ebenso wichtig ist, die Wechselwirkungen sowohl zwischen natürlich verursachten und menschengemachten Klimaänderungen als auch die zwischen Ozeanen, der Atmosphäre und dem Meereis besser verstehen zu können. Hier gilt es, oft separierte Untersuchungen der einzelnen Systeme in Zukunft besser

zu integrieren. Entscheidend ist daher, dass die im FONA geplante „Nationale Initiative zur Klimamodellierung“ so ausgestaltet wird, dass die beschriebenen Defizite deutlich verringert werden.

Auch wissen wir noch zu wenig über die Folgen der Klimakrise mit Blick auf Gesellschaft und Natur. Die Auswirkungen eines Temperaturanstiegs sind in den einzelnen Erdteilen und Regionen sehr verschieden. Afrika wird generell stärker betroffen sein als Kontinentaleuropa. Küstenregionen und Inselstaaten sind unterschiedlich stark von einem regional unterschiedlich steigenden Meeresspiegel bedroht. Dies betrifft auch Norddeutschland. Die soziale Dimension der Klimafolgen gehört stärker in den Forschungsfokus: So entstehen neue Armutsrisiken, Zugangs- und Verteilungsfragen sowie hohe Anforderungen an die menschliche Widerstands- und Krisenbewältigungsfähigkeit (Resilienz). Denn Gesellschaften reagieren sehr unterschiedlich auf Schäden der Klimakrise. In Megacities wird sich zunehmende Hitze auf das Zusammenleben anders auswirken als in ländlichen Räumen. Auch die entwicklungs-, flüchtlings- und wirtschaftspolitischen Implikationen des Klimawandels sind noch unzureichend erforscht. Es ist u. a. unklar, welche Gesundheits- und Seuchenrisiken zunehmende Extremwetterereignisse und eine erhöhte globale Mitteltemperatur mit sich bringen. Es ist zu erwarten, dass die Klimakrise zunehmend zu einem relevanten Faktor von Migrationsbewegungen wird. Hier sind mögliche Brennpunkte und die zu erwartenden Folgen in den Blick zu nehmen. Ein erhöhter Meeresspiegel wird wirtschaftliche Standortverlagerungen erfordern. Unklar ist, über welche Zeit und welche ökonomischen Kosten dies mit sich bringen würde. Auch in Deutschland sind deutliche Folgen des Klimawandels zu erwarten. Beispielsweise steigt mit den bereits in den vergangenen Jahren zunehmenden Hitzewellen die Zahl der Hitzetoten an, die Ausbreitung allergener Pflanzen wird ebenso begünstigt wie die neuer Insekten bzw. ihrer eventuell mitgeführten Erreger. Früher einsetzende Schneeschmelze erhöht das Risiko von Überflutungen. Künftige Forschung sollte auch Lösungswege und Kompensationsstrategien von durch die Klimakrise verursachten Verlusten und Schäden entwickeln.

Forschungslücken gibt es auch bezogen darauf, wie die Klimakrise in Gesellschaft, Politik und Medien wahrgenommen und behandelt wird. In einer auf fossilen Energieträgern basierenden Wirtschaft und Gesellschaft gibt es große Beharrungskräfte, die Veränderungen zu klimafreundlichem Verhalten und Konsum behindern. Neben Aspekten der technologischen und ökonomischen Machbarkeit müssen daher auch verstärkt Fragen der politischen Realisierbarkeit und gesellschaftlichen Umsetzung untersucht und wissenschaftliche Handlungsempfehlungen entwickelt werden. Zu erforschen gilt es etwa, wie durch soziale Innovationen ein klimafreundliches Konsumverhalten angeregt werden kann, wie Forschungserkenntnisse effektiver in Politik und Gesellschaft transportiert werden und wie Dialoge zwischen Wissenschaft und Gesellschaft über Klimaschutz oder Transformation gestaltet werden können.

In der anwendungsorientierten Forschung gibt es derzeit Wissenslücken bezüglich der besseren Verbreitung klimaverträglicher Technologien. In einzelnen Ländern und Regionen sind die Voraussetzungen für die Entwicklung und dauerhafte Anwendung klimaverträglicher Technologien sehr unterschiedlich. Hier gilt es, Strategien zu entwickeln, um insbesondere Entwicklungsländer zur an die Bedürfnisse vor Ort angepassten Übernahme und Anwendung klimafreundlicher Technologien zu befähigen. Dies käme uns auch wirtschaftlich zugute, denn deutsche Unternehmen sind bei der Entwicklung von Klimaschutztechnologien Weltmarktführer, beispielsweise bei Steuerungstechnologien von Solarpanels.

Die Bearbeitung dieser und weiterer zentraler Fragen der Klima- und Klimafolgenforschung bedarf eines integrativen Ansatzes, der das Wissen verschiedener Disziplinen berücksichtigt. Nur so können sowohl Aussagen über die Eintrittswahrscheinlichkeit von Veränderungen des Klimasystems getroffen als auch daraus entstehende potenzielle volkswirtschaftliche oder gesellschaftliche Auswirkungen bewertet werden. Das erfordert das Zusammenspiel unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen und Simulationsmodelle, wie Klimamodelle, ökonomische Modelle und sozialwissenschaftliche Analysen. Die Erforschung von Lösungsoptionen beim Umgang mit dem Klimawandel müssen dringend intensiviert werden. Dabei kommt den Sozial- und Gesellschaftswissenschaften eine besondere Bedeutung zu. Sie sind in der klimawissenschaftlichen Forschung bislang marginalisiert oder zu Akzeptanzforschung verkürzt. Bei der Erarbeitung von Forschungsfragen sollten zukünftig stärker Klimaphänomene berücksichtigt werden, bei denen das Wissensdefizit mit hohen gesellschaftlichen Schäden einherzugehen droht. Um diese zu identifizieren, bedarf es sowohl inter- als auch transdisziplinärer Ansätze beim Forschungsdesign. In Zukunft sollten Forschungsprojekte daher auch in Zusammenarbeit mit nichtwissenschaftlichen Akteuren aus der Gesellschaft erarbeitet werden. Zudem sollten Reallabore und experimentelle Klimaschutzprojekte, bei denen staatliche Akteure, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, verstärkt gefördert werden und mit Begleitforschung ergänzt werden.

All diesen Aspekten muss ein künftiges Forschungsrahmenprogramm Klimaforschung Rechnung tragen.